

EUROPA

BRIEF

Für Schleswig-Holstein - Ulrike Rodust, MdEP

Liebe Leserinnen und Leser,

unter verbesserten Arbeitsbedingungen sind wir Europaabgeordnete ins neue Jahr gestartet. Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde noch im Dezember der Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments besiegelt. Laut neuem Grundlagenvertrag wird das Europäische Parlament zum gleichberechtigten Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union: Das so genannte Mitentscheidungsverfahren ist nun der Regelfall.

Neues politisches Mitentscheidungsfeld ist beispielsweise die EU-Agrarpolitik, was natürlich meine tägliche Arbeit im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sehr viel interessanter macht. 40 Prozent des EU-Haushalts fließen derzeit in die Landwirtschaft und das EP wird in Zukunft mitentscheiden, wie die Mittel im Einzelnen eingesetzt werden.

In der Fischereipolitik haben wir Parlamentarier jetzt ebenfalls mehr Gestaltungsspielraum erhalten. In beiden Bereichen, die ja besonders mit schleswig-holsteinischen Interessen verknüpft sind, entscheiden wir Abgeordnete nun direkt mit, statt den Prozess der notwendigen Neuausrichtung hier nur kritisch zu begleiten. Als Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten für Landwirtschaft und ländliche Räume und als fischereipolitische Koordinatorin meiner Fraktion freut mich das besonders.

Auch auf der internationalen Bühne wird die EU durch den Reformvertrag gestärkt. Mit der Sozialdemokratin Catherine Ashton hat die EU ihre erste Außenministerin. Ashton, die gleichzeitig Mitglied der neuen EU-Kommission ist, stellte sich ebenso wie die übrigen designierten Kommissionsmitglieder in den vergangenen zwei Wochen der Anhörung durch das Europäische Parlament. Wie sich die Kandidatinnen und Kandidaten geschlagen haben und was das EP in den Ausschuss- und Plenarsitzungen im Januar darüber hinaus beschäftigte, möchte ich im Folgenden berichten.

Herzlichst Ulrike Rodust



Inhalt

Soforthilfe für Haiti

Anhörung der designierten Kommissionsmitglieder

Reform der Fischereipolitik

Angemessene Entlohnung für Landwirte

Informationsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern

Spanische Präsidentschaft

Europäischer Bürgerbeauftragter gewählt

Europäisches Jahr zur Bekämpfung der Armut

Haiti: Soforthilfe und langfristige Unterstützung

Das schwere Erdbeben in Haiti und die Frage, wie am besten geholfen werden kann, bewegte die Parlamentarier in Straßburg ebenso wie die meisten Menschen in Europa. Parlamentspräsident Jerzy Buzek eröffnete die erste Sitzung im neuen Jahr mit einer Schweigeminute für die Opfer und sprach den Menschen in Haiti sein Mitgefühl aus.

Die Europäische Union stellt mehr als 400 Millionen Euro Hilfen für den Karibikstaat zur Verfügung. Die EU-Außen- und Entwicklungsminister beschlossen in einer außerordentlichen Sitzung 122 Millionen Euro an humanitärer Hilfe und 100 Millionen Euro nicht-humanitäre Hilfen für Haiti zu leisten. Die finanzielle Hilfe aus EU-Programmen für den langfristigen Wiederaufbau wird sich auf 200 Millionen Euro belaufen.

In einer Plenardebatte am vergangenen Dienstagnachmittag begrüßten die Abgeordneten diese Hilfszusagen und betonten, die versprochenen EU-Soforthilfen müssten schnellstmöglich bereitgestellt und verbindliche Zusagen für den Wiederaufbau gemacht werden. In ihrer ersten Erklärung vor dem Europäischen Parlament sagte die neue Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton: "Unser Ziel ist es, das Leid zu lindern, und wir verpflichten uns zum langfristigen Wiederaufbau".

Anhörung designierter Kommissionsmitglieder: bulgarische Kandidatin gibt Rückzug bekannt

Die Anhörungen der Kandidatinnen und Kandidaten für die sich neu konstituierende EU-Kommission bestimmten die Tagesordnungen der EP-Ausschüsse im Januar. Nachdem sich in den vergangenen Wochen und Monaten die europäischen Staats- und Regierungschefs mit Kommissionschef Barroso auf die Kandidaten für die Kommissionsposten geeinigt hatten, ist nun das Parlament am Zuge: Es kann die vorgeschlagene Zusammensetzung der Kommission mit einer Mehrheit der abgegebenen Stimmen annehmen oder ablehnen. Um sich vor der Abstimmung ein möglichst genaues Bild von den Kommissionsanwärtern und -anwärterinnen, ihren Qualifikationen und politischen Zielen schaffen zu können, hat das Europäische Parlament die Möglichkeit, jeder Kandidatin und jedem Kandidaten drei Stunden lang Fragen zu stellen.

In ihrer Anhörung nicht überzeugen konnte die bulgarische Kandidatin Rumjana Jelewa. Die designierte EU-Kommissarin für humanitäre Hilfe, deren fachliche Kompetenz von mehreren Fraktionen bezweifelt worden war, gab schließlich brieflich ihren Rückzug als Kandidatin bekannt. „Ihre Rücktrittsentscheidung ist für alle, einschließlich ihrer selbst, das Beste“, kommentierte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Martin Schulz ihren Entschluss. „Ich bedauere die Art und Weise, wie die konservative Fraktion verzweifelt versucht hat, sie trotz ihrer Leistung zu retten. Es war ein schwerer Fehler, die politische Zugehörigkeit über die für diese Aufgabe erforderliche Grundkompetenz zu stellen.“

Die für den 26. Januar vorgesehene Plenarsitzung, auf der über die EU-Kommission abgestimmt werden sollte, musste wegen der noch ausstehenden Anhörung der neuen bulgarischen Kandidatin abgesagt werden. Voraussichtlich wird sie am 9. Februar, während der nächsten Plenartagung des Europäischen Parlaments, stattfinden.

Reform der Fischereipolitik

Durchaus zufrieden zeigten sich die Europaabgeordneten mit der Anhörung der designierten Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei Maria Damanaki. Die griechische Sozialdemokratin überzeugte die Ausschussmitglieder von ihrer Kompetenz



Hinterließ einen guten Eindruck bei Fotografen und Ausschussmitgliedern: Die designierte Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei Maria Damanaki (Foto: Europäische Kommission)

und ihrer Eignung als Mitglied der EU-Kommission. Frau Damanaki zeigte sich gut vorbereitet und will eng mit dem Parlament zusammenarbeiten.

Als Sprecherin meiner Fraktion für Fischereipolitik war mir besonders wichtig, dass Damanaki sich klar zu einer ambitionierten Reform der EU-Fischereipolitik bekennt. Sie hat deutlich gemacht, dass es hier kein ‚Weiter so‘ geben darf. Ich bin mir sicher, dass sie die anstehende Reform zu einem Erfolg führen und sich dafür einsetzen wird, der dramatischen Überfischung unserer Meere ein Ende zu bereiten.

Damanaki machte deutlich, dass wirtschaftlicher und sozialer Erfolg der europäischen Fischerei ohne ökologische Rücksichtnahme nicht zu haben sei. Nur wenn heute weniger Fisch gefangen wird, könnten sich die Fischbestände erholen. Erst dann könnten auch die europäischen Fischer wieder rentabel arbeiten. Diese zutreffende Analyse ist unglaublich wichtig. Viel zu lange hat in der Fischereipolitik kurzfristiges Denken vorgeherrscht. Das gestärkte Europäische Parlament und die neue EU-Kommissarin müssen das beenden.

Als Sozialdemokratin ist mir natürlich außerdem Damanakis Bekenntnis zur Verantwortung für die sozialen Folgen der anstehenden Reform besonders wichtig: Wenn wir die Zahl der Schiffe reduzieren wollen, und das müssen wir, wird es auch zu sozialen Härten kommen. Die künftige Kommissarin hat deutlich gemacht, dass wir die Fischer nicht allein lassen dürfen, sondern dass wir Mittel für Qualifikationen und Umschulung zur Verfügung stellen müssen.

Auch in einer Herzensangelegenheit stimmen mich Damanakis Aussagen zuversichtlich: So machte sie deutlich, dass bei zukünftigen Fischereiabkommen mit Drittländern Kriterien wie Menschenrechte und Demokratie eine wichtigere Rolle spielen werden. Seit im September 2009 eine Mehrheit meiner Kollegen meinem Antrag gefolgt ist, aufgrund der dortigen Menschenrechtssituation ein Fischereiabkommen mit Guinea auf Eis zu legen, hoffe ich hier noch viel zum Guten verändern zu können.

Angemessene Entlohnung für Landwirte

Die Zukunft der europäischen Agrarpolitik stand bei der Anhörung des designierten EU-Agrarkommissars Dacian Ciolos in Brüssel auf der Tagesordnung. Vor den Mitgliedern des Agrarausschusses im Europäischen Parlament sprach sich der rumänische Kandidat mehrfach für den Erhalt und die Wichtigkeit der zweiten Säule in der Gemeinsamen Agrarpolitik aus: Also für den Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik, der die Entwicklung des ländlichen Raums vorsieht.

Damit unsere Landwirte Güter wie den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft, die Sicherstellung der Wasserqualität, Boden- und nicht zuletzt Tierschutz im Sinne der Allgemeinheit gewährleisten, müssen entsprechende Anreize geschaffen werden. Deshalb wollte ich von dem designierten EU-Kommissar wissen, welche Schritte er dafür in Betracht zieht. Ciolos sprach sich für eine angemessene Entlohnung der durch die Landwirtschaft erzeugten öffentlichen Güter aus. Zudem stellte er klar, dass neben den bisherigen Maßnahmen gerade auch innovative Ansätze der Landwirte, die dem Erhalt und dem Schutz der ländlichen Räume dienen, gefördert werden müssen.

Wie die meisten meiner Kollegen im Agrarausschuss war ich zufrieden mit der Vorstellung Ciolos. Allerdings muss noch geklärt werden, wie die Gelder der zweiten Säule weiter eingesetzt werden, ob diese Mittel ausreichen oder ob hier weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir haben von sehr vielen Maßnahmen gehört, die aus der zweiten Säule finanziert werden sollen. Diese Säule macht jedoch gerade einmal elf Prozent des Agrarhaushaltes aus - entsprechend skeptisch bin ich, ob die Mittel ausreichen werden.

Informationsbesuch in Mecklenburg-Vorpommern

Die Besichtigung des Fleischwerks der Edeka-Handelsgruppe in Valluhn war die erste Station meines Informationsbesuchs in Mecklenburg-Vorpommern am 22. Januar. Bei der Betriebsbesichtigung wurde ich von früheren Fraktionskollegen aus dem schleswig-holsteinischen Landtag begleitet. Schon allein die Größe des Werks war außerordentlich beeindruckend: Auf 43.000 Quadratmetern Produktionsfläche sind mehr als 350 Mitarbeiter tätig. Das hier unter anderem verarbeitete Schweinefleisch stammt ausschließlich aus Norddeutschland und größtenteils aus Schleswig-Holstein.

Im Anschluss an das Gespräch mit dem Geschäftsführer der Edeka-Nord, Carsten Koch, dem Fleischwerk-Geschäftsführer Rolf Heidenberger und Vertretern der Werksleitung sowie der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns ging es weiter nach Schwerin. Hier standen Gespräche mit der SPD-Landtagsfraktion auf dem Programm.



Ungewöhnliche Arbeitskleidung für Politiker? Beim Besuch des Fleischwerks galt es die Hygienevorschriften einzuhalten (Foto: EZ)



Politik mit dem Einkaufskorb: Beim Kauf auf nachhaltige Fischerei setzen. (Foto: EZ)

Als letzte Station in Mecklenburg-Vorpommern stand nachmittags ein Besuch des Edeka-Centers Schlickeisen in Rostock an. Hier konnten meine Mitarbeiter und ich uns über das Fischangebot der Lebensmittelkette informieren. Als fischereipolitische Koordinatorin meiner Fraktion interessierten mich natürlich die ersten Erfahrungen des Konzerns mit der Umstellung auf Produkte der nachhaltigen Fischerei.

Das Engagement der Hamburger Edeka-Gruppe zusammen mit dem World Wild Fund For Nature (WWF) scheint mir ein wichtiger Schritt zu sein. Politik, Wissenschaft und Wirtschaft müssen zusammenarbeiten, um der Überfischung unserer Meere entgegenzuwirken: Die entscheidende Wende gelingt aber nur zusammen mit den Konsumenten. Ich bin mir sicher, das Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Kaufentscheidung vermehrt davon abhängig machen, was hinter den Lebensmitteln steckt, die sie im Supermarktregal finden. Das blaue MSC-Logo des Marine Stewardship Council als Siegel für Wildfisch aus nachhaltig arbeitenden Fischereibetrieben weist da in die richtige Richtung.

Spanien übernimmt Präsidentschaft

Mit der Jahreswende stand auch der turnusmäßige Wechsel der EU-Ratspräsidentschaft an: Zum Auftakt der spanischen Präsidentschaft sprach Spaniens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero vor dem Europäischen Parlament. Der Wirtschaftskrise zu begegnen, erklärte er, stünde an erster Stelle

seiner Agenda. Als weitere Schwerpunkte seiner Ratspräsidentschaft nannte er zudem den Aufbau eines gemeinsamen Energiemarktes, um die Energieabhängigkeit der EU zu verringern, und die Schaffung eines "digitalen Binnenmarktes" als "entscheidenden Faktor zur Steigerung der Produktivität und zur Förderung des E-Commerce". Die EU müsse außerdem Elektroautos fördern, um so zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen. Außerdem müsse man in Forschung und Bildung investieren und die Qualität der Universitäten verbessern.

Die spanische Präsidentschaft werde sich auch für die Umsetzung der neuen Instrumente, die durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wurden, einsetzen: Etwa für das europaweite Bürgerbegehrens, das es ermöglicht, Rechtsvorschriften vorzuschlagen. Außerdem gehöre auch der Kampf gegen häusliche Gewalt zum Programm der Präsidentschaft, so Zapatero.

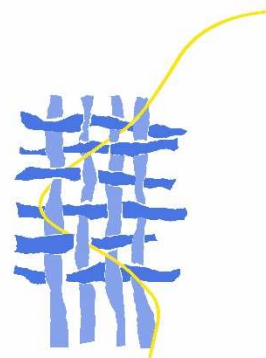
Die spanische Präsidentschaft habe "ein ambitioniertes Programm", sagte der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz. Die Bildung einer europäischen Wirtschaftsregierung "wird Europa in eine neue Phase führen", denn Europas Herausforderungen können nicht durch einen Gipfel nach dem anderen gelöst werden, sagte der Fraktionsvorsitzende. Die Mitgliedstaaten müssten die gemachten Vorschläge auch tatsächlich umsetzen. Er fände es "mutig, wenn ein Regierungschef sagt, dass (...) wir in Europa in einer weit entwickelten zivilisierten Gesellschaft Gewalt gegen Frauen nicht als ein Kleindelikt, sondern als eine Menschenrechtsverletzung betrachten müssen".

Wahl des Bürgerbeauftragten

Der alte Bürgerbeauftragte der EU ist auch der neue: In geheimer Abstimmung sprach sich eine Mehrheit der Europaabgeordneten für Nikiforos Diamandouros aus Griechenland aus. Er setzte sich gegen zwei Gegenkandidaten durch und wurde bis 2014 wiedergewählt. Diamandouros folgte 2003 dem ersten Bürgerbeauftragten der Europäischen Union, Jacob Söderman, in sein Amt.

Sicherzustellen, "dass die EU den Nutzen für die Bürger liefert, den der Vertrag von Lissabon verspricht", den "konstruktiven Dialog mit den EU-Institutionen" auszuweiten und die Dienstleistungen für die Bürger weiter zu verbessern, seien die Prioritäten seiner Amtszeit, erklärte Diamandouros.

Aufgabe des 1995 eingeführten Europäischen Bürgerbeauftragten ist es, Missstände in den EU-Institutionen zu untersuchen und bei Transparenzproblemen oder der Zurückhaltung von Informationen und Dokumenten zu intervenieren.



Jeder sechste Europäer lebt in Armut

Unter dem Motto "Armut darf nicht sein!" haben die EU-Kommission und der spanische Ratsvorsitz das Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung eröffnet. Ziel dieses Jahres ist es, das Bewusstsein der Öffentlichkeit in Europa für die Ursachen und Folgen von Armut zu stärken.

In Europa leben 17 Prozent der Bevölkerung in Armut, das ist mehr als jeder sechste Bürger. Armut bedeutet für viele Menschen in Europa nicht nur zu wenig Geld, sondern auch einen Mangel an Lebensperspektiven. Sie bringt vielfach Ausgrenzung und Einsamkeit mit sich, einen erschwerten Zugang zu Bildung und Kultur, zum Arbeitsmarkt sowie zur Gesundheitsversorgung.

Gerade in der Wirtschaftskrise ist es ein notwendiges Zeichen, Armut und soziale Ausgrenzung in den Mittelpunkt der politischen Diskussion zu stellen. Die Bekämpfung von Armut ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Krisenbewälti-

gung, denn ausgerechnet die Schwächsten in unserer Gesellschaft werden von der Wirtschaftskrise am härtesten getroffen.

**Herausgegeben von
Ulrike Rodust, MdEP
Kleiner Kuhberg 28-30
24103 Kiel
info@ulrike-rodust.eu
www.ulrike-rodust.eu**

**Redaktion:
Eva Zunder (V.i.S.d.P.),
Gesa Grube**

Trotz sorgfältiger Recherche kann insbesondere für die Inhalte angegebener Links keine Verantwortung übernommen werden.